

«Gleichstellung ist kein Luxus»

Ein überparteiliches Komitee startet die Inklusionsinitiative

Letzte Woche fiel der Startschuss zur Unterschriftensammlung für die Inklusionsinitiative. Sie fordert ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Beeinträchtigungen. Peter Ladner aus St.Gallen hat eine kognitive Beeinträchtigung und kämpft für mehr Rechte. Im Interview erzählt er, wieso das wichtig ist.

Herr Ladner, wieso braucht es die Inklusionsinitiative?

Peter Ladner: Ich habe eine kognitive Beeinträchtigung. Es fällt mir schwer, die Interview-Fragen zu verstehen. Ich brauche dazu jemanden, der mir die Fragen übersetzt. Das heisst nicht, dass ich zu den Fragen nichts zu sagen hätte. Die Inklusions-Initiative könnte dazu führen, dass Menschen wie ich in der Zukunft mehr Unterstützung bekommen und darum bei alltäglichen, aber auch politischen Dingen mehr mitreden und mehr mitbestimmen können.

Menschen mit Behinderungen sollen mit Menschen ohne Behinderungen gleichgestellt werden. Dazu brauchen Menschen mit Beeinträchtigungen Unterstützungsleistungen. Das soll in die Bundesverfassung geschrieben werden. Im Artikel 8 steht, dass der Staat verpflichtet ist, für die Gleichstellung von Frau und Mann zu sorgen. Für Menschen mit Beeinträchtigungen ist der Artikel abgeschwächt. Die Inklusions-Initiative verlangt, dass der Staat verpflichtet wird, Menschen mit Beeinträchtigungen gleichzustellen.

Die Schweiz hat die Uno-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, wieso brauchte s jetzt noch diese Volksinitiative?

Die Schweiz hat die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, aber noch nicht umgesetzt. Es gibt in allen Lebensbereichen von Menschen mit Beeinträchtigungen grosse Baustellen. Die Schweiz wurde letztes Jahr von einem Uno-Ausschuss überprüft. Es gibt dazu einen Bericht. Dort sieht man, dass die Schweiz noch in den Kinderschuhen steckt. Es hapert eigentlich überall: zum Beispiel bei der Selbstbestimmung im Alltag, bei der Arbeit oder bei der politischen Teilhabe. Wir sind noch meilenweit von einer Gleichstellung entfernt.

Welche konkreten Verbesserungen würde die Initiative bringen?

Die Initiative bringt das Thema Inklusion in die Gesellschaft. Die Gesellschaft muss erkennen, dass sich dringend etwas ändern muss. Wenn die Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen verpflichtend in der Verfassung verankert wäre, müsste das Parlament das als Auftrag sehen. Das Parlament müsste dann neue Gesetze auch daraufhin überprüfen, ob sie der Behindertenrechtskonvention entsprechen.

Betrifft die Inklusionsinitiative alle Menschen?

Ja natürlich. Jeder Mensch kann jederzeit von Beeinträchtigungen betroffen sein werden. Ausserdem profitieren auch andere Gruppen davon, wenn es beispielsweise Rampen gibt oder Texte in leichter Sprache zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt ist es eine Bereicherung für die Gesellschaft, wenn alle Menschen teilhaben können.

Die Behindertenrechtskonvention zielt darauf ab, dass «Heime» überholt sind, stimmen Sie dem zu? Welche Alternativen wären wünschenswert?

Die Behindertenrechtskonvention sagt, dass alle Menschen mit Beeinträchtigungen ein selbstbestimmtes Leben führen können sollen. Das heisst auch, sie sollen frei wählen können, wie und wo sie wohnen wollen. Menschen mit Behinderungen möchten gerne allein oder mit Personen

zusammenwohnen, die sie selbst ausgewählt haben, so wie das andere Leute auch tun. Es gibt dafür Unterstützungsangebote wie zum Beispiel das Begleitete Wohnen von Pro Infirmis. Es gibt auch die Möglichkeit zum Wohnen mit Assistenz. Dieses Modell ist aber noch viel zu kompliziert. Es ist darum für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen schwer zugänglich.

Was entgegnen Sie Personen, die Gleichberechtigung zu teuer finden?

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist ein Recht. Die Gleichstellung ist kein Luxus.